

Stellt die Weichen auf Demokratie!

Stichpunkte für die Zeit nach der Coronakrise.

Es ist ein mikroskopisch kleiner RNA-Strang, der uns derzeit die Folgen der neoliberalen Kürzungspolitik vor Augen führt. Das Kaputtsparen und Ökonomisieren der Krankenhäuser, das Privatisieren der Versicherungen, die Unterbezahlung der wahrhaft Systemrelevanten: Bei all dem handelt es sich um direkte Produkte aus vier Jahrzehnten neoliberaler Wirtschaftspolitik. Der traurige Beleg dieser katastrophalen Missstände ist, dass jetzt die angloamerikanischen und südeuropäischen Gesundheitssysteme am härtesten getroffen werden – denn sie wurden (sowohl politisch geplant als auch durch Zwang) dem Marktfundamentalismus am schwersten ausgesetzt. Manch einer vermutet aufgrund seiner heute brachial zutage tretenden Dysfunktionalitäten, dass Covid-19 das Ende des Neoliberalismus bedeutet. Nun endlich würde sich das Machtverhältnis zwischen Staat und Wirtschaft wieder umkehren. Doch spätestens als Donald Trump verkündete, dass man zur Not einige alte Menschen opfern müsse, um die Wirtschaft zu retten, sollte klar geworden sein, dass es so einfach leider nicht ist.

Dennoch beweist der derzeitige Shutdown der Wirtschaft ohne Frage eine Rückkehr staatlicher Entscheidungsmacht. Doch ein starker Staat ist eben noch lange kein demokratischer Staat - und er muss es auch dann nicht werden, wenn er weiß, wie er sich gegen den Markt behauptet.



Wie in jeder Krise stehen wir deshalb an einem Scheidepunkt. Die derzeit erlebte Rückkehr kollektiven Handelns *kann* einen Wendepunkt zur Demokratisierung darstellen, doch ebenso ist auch ein Staat denkbar, der in die Wirtschaft eingreift, um die ökonomischen und sozialen Hierarchien *zu erhalten*. In diesem Sinne lautet die entscheidende Frage gesellschaftlicher Entwicklung heute: Radikalisierung der Demokratie oder Autoritarisierung des Kapitalismus?

Die dystopische* Alternative: Opfergaben und Autoritarismus.

In der dystopischen Alternative würden wir – erstens – eine weitere Runde dessen erleben, was die Politikwissenschaftlerin Wendy Brown als neoliberalen Opfergeist beschrieben hat; also um eine Zugabe der seit der Finanzkrise 2008 bekannten Vorstellung ‚Sozialismus für die 1%, Austerität für die 99%‘. Opfergeist würde von den unnötig Verstorbenen und ihren Familien, von den Held*innen des Gesundheitssystems, von den in Massen zu entlassenden Arbeitnehmenden, von den Kleinunternehmern und natürlich – dies wird dieser Tage völlig vergessen – von den Flüchtenden gefordert werden, für deren Sterbenlassen nun pragmatische Ausreden vorliegen. All das, während multinationale Konzerne, die seit Jahrzehnten keine Steuern zahlen, stillschweigend freigekauft würden. Mit Steuergeldern, versteht sich.

Zweitens könnte sich ein politischer Rückzug in den Nationalstaat vollziehen, während die Grenzen für Waren und Kapital offen bleiben. Ein solcher Rückzug würde aber keineswegs die Volkssouveränität zurückerobern. Denn wirtschaftliche Globalisierung bei gleichzeitiger Begrenzung der Demokratie auf den Nationalstaat schränkt die staatliche Entscheidungsfähigkeit effektiv nur weiter ein.

Drittens könnte sich die massive Einschränkung der Grundrechte in einen Präzedenzfall

entwickeln. Wir müssten uns an einen Kapitalismus gewöhnen, der – sobald es wirtschaftlich erforderlich ist – die Demokratie aussetzt und eine Technokratie einsetzt. Die Demokratie würde auf ein Entscheidungsfindungsverfahren in Normalzeiten degradiert – und damit effektiv abgeschafft.

Alle obigen Punkte würden schließlich eine Gesellschaftsvision befördern, welche die Idee einer Gesellschaft selbst verneint, die Menschen also als Humankapitalismen eines großen Unternehmens – des Staats – betrachtet. Damit würden Menschen nur etwas wert sein, wenn ihre Aktivitäten wirtschaftlich relevant sind. Außerdem würde der Boden für jegliche kollektive Identitäten zerstört – und dies schließlich ist der Nährboden, auf dem der Faschismus keimt.

Die demokratische Alternative: Partizipation und Gleichheit.

Doch nichts ist historische Notwendigkeit. Wenn wir aber aus der Krise gestärkt hervorgehen wollen, dann müssen wir jetzt nicht nur solidarisch handeln, sondern auch sicherstellen, dass die neue politische Handlungsfähigkeit eine demokratische Form erhält. Was also tun?

Zunächst das Unmittelbare: Aller nationalstaatlicher Rhetorik zum Trotz betrifft das kolossale Marktversagen, welches das Coronavirus ausgelöst hat, den *gesamteuropäischen* Markt. Eine neue Eurokrise – ein alles andere als unwahrscheinliches Szenario – muss um jeden Preis verhindert werden. Hierzu braucht es von der EZB ausgestellte Eurobonds, die den kriselnden EU-Mitgliedsstaaten ohne zerstörerische Austeritätspolitik schnell und unbürokratisch Hilfe bereitstellen können.

Darüber hinaus ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu experimentieren – bestenfalls auf europäischer Ebene. Dies ist dieser Tage nicht nur ökonomisch notwendig, um den Lohnausfall von Millionen abzufedern. Denn wie nebenbei könnten wir die Idee einer demokratisch-europäischen Gesellschaft wiederbeleben. Wir könnten beweisen, dass wir mehr sein können, als eine rein ökonomische Zweckgemeinschaft. Wir könnten Solidarität beweisen.

Nicht zuletzt gilt es aber über die Krise hinaus, die Weichen auf fortschreitende Demokratisierung zu stellen – und zwar sowohl auf europäischer als auch auf nationalstaatlicher Ebene. Lange genug hat sich die Politik auf ein Reagieren auf ökonomische Sachzwänge beschränkt. Es gilt nun, den *Demos* endlich wieder zu befähigen, tatsächlich verschiedene Zukunftsvorstellungen zu diskutieren und zwischen ihnen zu wählen. Modelle hierfür liegen bereits seit langem vor: Insbesondere die von dem Politikwissenschaftler David van Reybrouck geforderten ausgelosten Bürgerräte sollten hier eine zentrale Rolle spielen.

Naomi Klein brachte es kürzlich auf den Punkt: In Zeiten der Krise werden unmögliche Ideen plötzlich möglich. Wir stehen also vor einer Entscheidung: Freibriefe für Superreiche und die Inkaufnahme eines autoritären Kapitalismus oder echte Demokratisierung und ökonomische Emanzipation? Um mit Franklin D. Roosevelt zu schließen: „The only thing we have to fear, is fear itself“.

** Dystopie - Gegenbild zur positiven Utopie*

Timm Kühn